



# HESSISCHER LANDTAG

26. 03. 2015

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

**betreffend Proteste anlässlich der EZB-Eröffnung sind berechtigt - eine Abkehr von der Kürzungs- und Verarmungspolitik in Europa ist nötig - Nein zu Gewalt und Zerstörungswut**

Der Landtag wolle beschließen:

Am 18. März 2015 hat die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main ihr neues Hauptquartier feierlich eröffnet. Für den 185 Meter hohen Zwillingssturm, der mit seinem Sicherheitszaun und Burggraben einer Festung gleicht, wurde die schwindelerregende Summe von 1,3 Mrd. € ausgegeben. Zur Eröffnungsfeier wurde ein großer Teil der Medien nicht eingeladen, was Journalistenverbände und Gewerkschaften heftig kritisierten.

Die Gewalt, die in den frühen Morgenstunden des 18. März von einigen Hundert Gewalttätern ausgegangen ist, ist durch nichts zu rechtfertigen. Der Landtag ist entsetzt über die Gewalt und die Tatsache, dass u.a. Feuerwehrleute und Polizisten attackiert und Menschen verletzt worden sind. Jede und jeder Verletzte ist eine/r zu viel, egal auf welcher Seite. Und Straftaten sind zu verfolgen und zu verurteilen!

Wir sagen aber auch: Es gibt nichts zu feiern an Kürzungspolitik und Verarmung! Tausende von Menschen aus ganz Europa haben diese Feierstunde zum Anlass genommen, ihren friedlichen Widerstand gegen diese europäische Krisenpolitik und gegen deren katastrophale Konsequenzen - besonders für die Menschen im europäischen Süden - zum Ausdruck zu bringen.

Die EZB spielt eine wichtige Rolle in der berüchtigten Troika. Sie ist mitverantwortlich für brutale Kürzungen, für wachsende Erwerbslosigkeit und für den Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung in Griechenland und anderen EU-Staaten. Zusammen mit der EU-Kommission und dem IWF hat die EZB-Kürzungspolitik Privatisierung und Prekarisierung gefördert. Sie hat nicht davor zurückgeschreckt, gewählte Regierungen zu erpressen, um ihre Angriffe auf die sozialen Rechte der Menschen durchzusetzen.

Der Landtag erachtet es als eine wichtige Aufgabe, Solidarität und Demokratie in Europa aufzubauen. Statt Kapitalismus ohne Demokratie ist eine Demokratie ohne Kapitalismus nötig.

Der Landtag ist besorgt angesichts des wachsenden Rassismus und des Aufstiegs der extremen Rechten in vielen Ländern Europas. Diesen Tendenzen muss entschieden entgegengetreten werden. Während es die Absicht der Rechten ist, sowohl die Außengrenzen zu verstärken als auch neue Grenzen innerhalb Europas zu errichten, müssen die Mauern der Festung Europa fallen.

Deutschland ist eine der treibenden Kräfte hinter dieser Kürzungs- und Austeritätspolitik. Und auch in Deutschland gibt es Angriffe auf soziale Rechte, wachsende Prekarisierung und Armut. Daher gibt es für die Menschen in Deutschland viele gute Gründe, sich weiterhin zu wehren und aufzustehen für ein würdiges Leben, für gleiche Rechte und für reale Demokratie für alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder Nationalität.

Die friedliche Kundgebung und Demonstration gegen die EZB-Eröffnungsfeier am Nachmittag des 18.03.2015 in Frankfurt waren eine wichtige Gelegenheit, Seite an Seite mit Menschen aus anderen Ländern ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Ein Politikwechsel hin zu Investitionen in Infrastruktur, nachhaltiger Produktion und zur Schaffung guter Arbeit ist dringend nötig - auch und gerade in Deutschland und Hessen.

Wiesbaden, 26. März 2015

Der Fraktionsvorsitzende:  
**van Ooyen**